



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 04.10.2016, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Neukonzeption Bürgerdienste Wilhelmstraße 1-5
- Grundsatzbeschluss

Vorl.Nr. 236/16

Abweichende Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird ~~vom WKV~~ beauftragt, die Planung für ein zentrales Bürgerbüro in der Wilhelmstraße zu erarbeiten sowie die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen Gebäude Wilhelmstraße 1-5 den zuständigen Gremien zum Beschluss vorzustellen.
2. Die Stadtverwaltung wird ~~vom BTU~~ beauftragt, Verhandlungen zur **Anmietung der Büroflächen Obere Marktstraße 4, 1.OG** aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Einführend sagt Herr **Schindler** (Fachbereich Bürgerdienste), dass im Zuge der rasant fortschreitenden Digitalisierung über alle Bereiche des täglichen Lebens hinweg, sich für die Verwaltung Notwendigkeiten, aber vor allem große Chancen, ergeben sowohl die innere Organisation als auch die Dienstleistung am Bürger zukunftssträchtig zu entwickeln. Schlüssel hierzu seien die Weiterentwicklung der IT- Einheit, die sowohl technisch als auch räumlich an ihre Grenzen stoße, sowie die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Bürger, die den veränderten Anforderungen an die Dienstleistung mit ergänzenden digitalen Angeboten in freundlichem Ambiente gerecht werde.

Anschließend stellt Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) anhand einer PowerPoint-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, die angedachte bauliche Neukonzeption der Bürgerdienste Ludwigsburg vor. Zur räumlichen Verortung eines zeitgemäßen Bürgerbüros habe die Verwaltung mehrere Optionen auf Plausibilität geprüft. Der Zugriff auf die Gebäude der ehemaligen Silcherschule am Rathaushof sei durch die gestiegenen Bedarfe an

Schulraum verwehrt. Das Bürohaus Obere Marktstraße 3 eigne sich aufgrund der geringen räumlich zusammenhängenden Flächen im Erdgeschoss nicht, die Reduzierung der Handelsflächen sei keine Option. Das Gebäude Hoferstraße 30 sei wegen der Entfernung zur Innenstadt und zur Kernverwaltung nicht attraktiv. Zudem stoße es als Gewerbefläche am freien Markt auf großes Interesse.

In der Wilhelmstraße 1-11 bieten die notwendige Verlagerung der IT, der repräsentative aber untergenutzte Bereich des Aufgangs Eberhard-Ludwig, sowie die veralteten Bereiche Bürgerservice und Ausländerbehörde räumliche Optionen in zentraler Lage. Als Ausweichfläche während der Umstrukturierungen in der Wilhelmstraße und einer dringend notwendigen Sanierung der Räume in der Oberen Marktstraße 3 biete sich einmalig die Büroetage im 1.OG der Oberen Marktstraße 4 (Gebr. Lotter KG) zur Anmietung an.

In der anschließenden Beratungsdiskussion sagt Stadträtin **Kreiser**, dass die Stadtverwaltung für ihre Bürgerdienste eine behindertengerechte und freundlich gestaltete zentrale Anlaufstelle benötige. Schließlich sei es wichtig, wie die Bürgerinnen und Bürger empfangen werden. Aus diesem Grund sehe die CDU-Fraktion eine bauliche Neukonzeption der Bürgerdienste als notwendig an. Bei dieser Gelegenheit erinnert Stadträtin Kreiser an einem Antrag ihrer Fraktion aus dem Jahr 2011 zur Verlegung des Standesamtes in neuen Räumen. Zudem fragt sie, ob die IT in den Büroräumen der Oberen Marktstraße länger untergebracht werden könnte oder nur übergangsweise. Stadträtin Kreiser weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion die Neukonzeption der Bürgerdienste noch nicht fraktionsintern diskutiert habe. Dieser Punkt stehe auch auf der Tagesordnung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 06.10.2016 und werde dort ebenfalls ohne vorherige fraktionsinterne Diskussion behandelt. Stadträtin Kreiser bittet aus diesem Grund, die bauliche Neukonzeption der Bürgerdienste abschließend in der nächsten Gemeinderatsitzung zu beraten. Schließlich handle es sich bei diesem Sachverhalt um eine enorme Umgestaltung, die große Geldsummen benötigen werde.

Stadträtin **Wiedmann** äußert die Zustimmung der Grünen-Fraktion zum Vorhaben. Eine Neugestaltung der Bürgerdienste sei wichtig, um eine bessere Arbeitsatmosphäre für die Mitarbeitenden zu schaffen und für die gelebte Willkommenskultur. Wichtig sei auch der Aspekt des behindertengerechten Zugangs der Räumlichkeiten für ältere Bürgerinnen und Bürger, für Menschen mit Behinderungen oder für Eltern mit einem Kinderwagen. Die präsentierten Ideen für den Umbau seien laut Stadträtin Wiedmann vielversprechend. Sie fragt, in welchem Rahmen sich die Baukosten ungefähr bewegen werden.

Stadträtin **Liepins** äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Vorhaben und teilt mit, dass auch ihre Fraktion keine Gelegenheit zur internen Beratung gehabt habe. Sie möchte wissen, welche Umnutzungen die Verwaltung in welchen Teilschritten vorzunehmen gedenkt. Zudem fragt Stadträtin Liepins, ob die Planung für einen Neubau auf dem Rathaushof definitiv vom Tisch sei.

Stadtrat **Weiss** ist überzeugt, dass in Zusammenhang mit der Neugestaltung der Bürgerdienste auch die Frage geklärt werden sollte, wie die Stadt die Gesamtkonzeption ihrer Entwicklung in der Verwaltung in den nächsten 5 bis 10 Jahren sehe. Die Freie Wähler-Fraktion sehe eine Neugestaltung der Bürgerdienste als notwendig an.

Auch Stadtrat **Eisele** vermisst eine Gesamtkonzeption. Er würde sich wünschen, dass die Stadtverwaltung nach Beendigung der Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Gebäude Wilhelmstraße 1-5 aus den Büroräumen in der Obere Marktstraße wieder auszieht und diese für kleinere Handelseinheiten oder Praxen frei werden.

Stadträtin **Dziubas** hält eine Umgestaltung der Bürgerdienste für notwendig und würde eine befristete Nutzung der Räume in der Oberen Marktstraße ebenfalls begrüßen.

Auf die Fragen der Ausschussmitglieder antwortend erklärt Herr **Weißer**, dass zunächst die IT und im Planungsprozess noch zu bestimmende Verwaltungsbereiche, ausgelagert werden, um deren Räume zum zentralen Bürgerbüro umzustrukturieren. Als Ausweichquartier biete sich die Fläche der Firma Lotter in der Oberen Marktstraße 4 an, die im Zuge des Umzugs des Haushaltswaren-geschäfts ins Erdgeschoss im Obergeschoss frei und der Stadt zur Anmietung angeboten werde. Die Einheiten des Fachbereichs Bürgerdienste würden aus den bestehenden Räumen der Wilhelmstraße und der Obere Marktstraße zusammenziehen in das neu eingerichtete zentrale Bürgerbüro. Die bisherigen Flächen des aktuellen Bürgerbüros würden anschließend saniert und mit weiteren bürgernahen Bereichen belegt werden. Die Verwaltungsebenen in der Oberen Marktstraße könnten abschnittsweise saniert werden. Anschließend würde der Bezug der Räume durch Verwaltungsbereiche aus angemieteten Flächen, wie z.B. Obere Marktstraße 4 (Lotter) oder Arsenalstraße 2, erfolgen.

Zur Terminfolge sagt Herr **Weißer**, dass die Verwaltung mit den Planungen und dem Umzug beginnen könnte sobald der Beschluss zur Anmietung der Ausweichflächen in der Oberen Marktstraße 4 (Lotter) vorliegt. Nach der Vorplanung würde ein weiterer Bericht der Verwaltung an den Gemeinderat erfolgen. In einem 1. Bauabschnitt würde das zentrale Bürgerbüro in der Wilhelmstraße in Angriff genommen werden und in einem 2. Bauabschnitt die Sanierung der Oberen Marktstraße 1-3; wobei laut Herrn Weisser noch nicht sicher sei, ob die Verwaltung den Standort Marktstraße 1-3 beibehalten werde. Denn es bestehe eine weitere Option zur Realisierung von zusätzlichen Verwaltungsräumen an der Stuttgarter Straße, entlang des Scala-Neubaus. Herr Weißer betont, dass aktuell lediglich Überlegungen und nicht konkrete Planungen vorliegen. Deshalb können in diesem frühen Stadium noch keine Kosten für das Vorhaben genannt werden.

Die Frage von Stadträtin **Liepins**, ob die Planung für einen Verwaltungsneubau auf dem Rathaushof vom Tisch sei bejaht OBM **Spec**.

Nach der Beratungsdiskussion stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 236/16 zur Abstimmung. Auf Wunsch des Gremiums werden beide Punkte des Beschlussantrags dem Gemeinderat zur abschließenden Beratung empfohlen.

TOP 2

Vorstellung des Aufgabenportfolios von
Fachbereichen - weiteres Vorgehen entsprechend
der Haushaltsstrukturkommission vom 09.05.2016

Beratungsverlauf:

Herr **Nitzsche** (Leiter des Fachbereichs Organisation und Personal) führt kurz in das Thema ein. Die einzelnen Abteilungen des Fachbereichs werden von den jeweiligen Abteilungsleitern anhand einer PowerPoint Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, vorgestellt. Die Abteilung Personal und Organisationsservice wird von Herrn **Hess** vorgestellt, die Abteilung Personalabrechnung von Herrn **Ginder** und die Abteilung Informationstechnik von Herrn **Komarek**. Herr **Schmid** präsentiert das Aufgabenportfolio der Abteilung Zentrale Dienste und Repräsentation und Herr **Dr. Karzel** erläutert die Produkte und die Aufgaben des Stadtarchivs.

Stadträtin **Kreiser** nimmt Bezug auf die Altersstruktur des bestehenden Personals und betont, dass es in Zukunft noch wichtiger sein werde, um gute Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu werben und sie gut aus- und weiterzubilden.

Stadtrat **Dr. Vierling** hat bei der Präsentation nicht erkennen können, wo die Verwaltung Ansatzpunkte für reduzierte Personalmehrungen sehe. Bezug auf das Stadtarchiv nehmend sagt er, dass aktuell Archivalien verstärkt mikroverfilmt werden. Dadurch reduziere sich der Platzanspruch und gleichzeitig werden Lagerung und Verwaltung rationalisiert. Einen Ansatz für die interkommunale Zusammenarbeit sieht Stadtrat Dr. Vierling darin, dass Kommunen ihre Stadtarchive in starkem Maß zusammenlegen, um den Verwaltungsaufwand zu minimieren.

OBM **Spec** betont bei dieser Gelegenheit, dass die Verwaltung sich in den letzten Jahren verstärkt mit der Frage der wirtschaftlicheren Gestaltung ihrer Aufgaben beschäftigt habe.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** dankt den Vortragenden, dass sie in ihren Redebeiträgen auch den eventuellen Verzicht auf Aufgaben thematisiert haben. Er erinnert daran, dass die Thematik „Aufgabenkritik“ von der SPD-Fraktion zur Diskussion gebracht wurde. Ziel der Fraktion sei nicht das Outsourcing von Aufgaben oder eine Standardreduzierung gewesen. Sie wollte lediglich dass geprüft werde, ob ganze Aufgabenbereiche, kleinere oder größere, verzichtbar sind, weil möglicherweise andere Träger die gleichen Leistungen zu einem günstigen Preis anbieten und sich dadurch Doppelstrukturen vermeiden und Ausgaben für die Stadtverwaltung einsparen ließen. Stadtrat Dr. O'Sullivan sagt, dass bei der heutigen Präsentation überzeugend dargestellt wurde, dass nichts im Fachbereich Personal und Organisation verzichtbar sei.

Stadtrat **Weiss** fragt, ob das Controlling über den Personalbereich hinaus in allen Richtungen greife.

OBM **Spec** erklärt, dass die Verwaltung in der heutigen Sitzung Aufgaben vorgestellt habe, die nach intensiver Prüfung bewusst weitergeführt werden. Es gebe jedoch auch Bereiche, in denen ein Outsourcing vollzogen wurde, weil es lohnender war. Als Beispiel hierfür erwähnt er die externe Vergabe der Reinigungsarbeiten.

Herr **Dr. Karzel** geht auf die Fragen zum Stadtarchiv ein. Er sagt, dass auch große Archive nur einen kleinen Teil ihrer Archivalien digital zur Verfügung stellen können, weil die Digitalisierung, insbesondere die Erstellung von Metadaten für die verknüpfte Suche von Unterlagen, sehr kostenintensiv sei. Das Stadtarchiv Ludwigsburg baue gerade ein digitales Magazin auf, jedoch werde es nie zu einem vollkommen papierfreiem Archiv kommen. Die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Langzeitarchivierung werde bereits angegangen. Zum Beispiel habe das Staatsarchiv ein Konzept entwickelt, wie digitale Unterlagen dauerhaft aufbewahrt werden können, und biete Kommunen an, diese Dienstleistung zu erwerben. Das Stadtarchiv Ludwigsburg werde dort Speicherplatz und Knowhow erwerben, so dass künftig vieles in einem Verbund stattfinden werde. Noch befinde man sich aber zu Beginn dieser Entwicklung.

Bezug auf die Wortmeldung von Stadtrat **Dr. Vierling** nehmend rät **Dr. Karzel** davon ab, Archive zusammenzulegen. Unterlagen, mit denen sich die Menschen vor Ort identifizieren, sollten seiner Ansicht nach nicht zu weit entfernt werden. Auf die Frage von Stadträtin **Deetz** nach dem Unterschied zwischen dem Stadtarchiv und dem Landesarchiv antwortet Herr **Dr. Karzel**, dass jedes Archiv seine Zuständigkeiten habe. Das Stadtarchiv bewahre ausschließlich Unterlagen der Ludwigsburger Stadtverwaltung, seit der Stadtgründung. Alles was Herzöge oder Könige an Schriftgut produziert haben, lagere im Landesarchiv.

TOP 2

Vorstellung des Aufgabenportfolios von
Fachbereichen - weiteres Vorgehen entsprechend
der Haushaltsstrukturkommission vom 09.05.2016

Herr **Ginder** nimmt Bezug auf die Frage von Stadtrat **Weiss** und erklärt, dass die Vernetzung von Personalkostenplanung und Ist-Verlauf sich noch am Anfang befinde. Die Personalkostenplanung werde durch das Personalabrechnungsverfahren vorgenommen. Diese Daten kämen anschließend über eine Schnittstelle in das Finanzsystem. Die Personalkostenplanung laufe noch namentlich, aggregiert nach Bereichen und Kostenstellen. Der einzelne Mitarbeiter werde in seiner persönlichen Konstellation beplant. Bei der Übergabe der Daten an die Ist-Abläufe – also an die monatlichen Zahlungen, die an das Finanzwesen gehen – werden diese Daten anonymisiert. Deshalb könne nicht nachvollzogen werden, welche Person, welche Rechnungsabweichungen zum Haushaltsplan verursacht habe. Herr Ginder versichert, dass daran gearbeitet werde, damit künftig Veränderungen rückwärts verfolgbar werden und, wenn notwendig, eingegriffen werden könne.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 3

Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. (TTW) -
Zuschussantrag 2017
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 334/16

Beschlussempfehlung:

1. Den Planungen der Tanz- und Theaterwerkstatt für das Jahr 2017 wird zugestimmt.
2. Für den Haushalt 2017 wird, vorbehaltlich der Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2017 durch den Gemeinderat, für die Tanz- und Theaterwerkstatt ein Förderbetrag von 181.844,27 Euro genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Henning

Beratungsverlauf:

Frau **Richert** (Fachbereich Kunst und Kultur) sagt einleitend, dass die Tanz- und Theaterwerkstatt (TTW) bis zum Jahr 2016 jährlich im 2. Quartal über das abgelaufene Geschäftsjahr berichtet habe; zuletzt im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 28.06.2016. Gleichzeitig wurde der Zuschuss für das jeweils laufende Jahr (zuletzt für 2016 am 28.06.2016) endgültig freigegeben. Wie bei den Kultureinrichtungen Ludwigsburger Schlossfestspiele und Scala gGmbH sollte auch bei der TTW ab 2017 ein Zuschussantragsverfahren im Sinne eines Betrauungsaktes eingeführt werden. Dazu sei eine programmatische und finanzielle Planungsvorschau auf das kommende Jahr im Vorfeld der

Haushaltsbeschlussfassung erforderlich. Dieses Verfahren ermögliche eine inhaltliche Beratung im Vorfeld der Haushaltsaufstellung in den politischen Gremien einerseits und andererseits eine vollständige Freigabe des Zuschusses unmittelbar nach Genehmigung des städtischen Haushaltes durch das Regierungspräsidium, also zu einem früheren Zeitpunkt als bisher durch das Regierungspräsidium, also zu einem früheren Zeitpunkt als bisher. Künftig werde die TTW einmal pro Jahr, nach der Sommerpause, sowohl über das abgelaufene Jahr berichten als auch die Planungen für das kommende Jahr vorstellen.

Anschließend gibt Frau **Gonziorek** (Geschäftsführung der TTW) einen Ausblick auf die Arbeit der Tanz- und Theaterwerkstatt in 2017.

Frau **Ancic** (stellvertretende Geschäftsführung der TTW) geht auf das VKL-Projekt der Tanz- und Theaterwerkstatt ein. Seit 2007 unterstütze die TTW mit ihren VKL-Projekten (VKL=Vorbereitungsklassen) an der Justinus-Kerner-Schule und der Osterholzschule die Integration von Migrantinnen und Flüchtlingen. Gerade in der momentanen Situation sei es wichtig, die ankommenden Kinder und Jugendliche aus aller Welt von regelmäßigem Theater- und Tanzunterricht profitieren zu lassen. Die Zusammensetzung der VKL-Klassen sei sehr heterogen sowohl im Alter als auch in der kulturellen und sozialen Herkunft als und in der Bildungsherkunft. Tanz und Theater bezeichnet Frau Ancic als eine Form der Sprachförderung. Dieses Projekt soll weiterhin im schulischen Alltag verortet bleiben, weil dadurch alle Kinder erreicht werden. Insbesondere für Kinder mit Fluchterfahrung sei das Projekt und insgesamt die Schule ein Ort der Stabilität. Die TTW möchte darüber hinaus auf den Erfahrungen in der Projektarbeit sowie der engen Zusammenarbeit und dem entstandenen Vertrauen mit den Partnerschulen (Justinus-Kerner-Schule, Osterholzschule), den Lehrern, Künstlern und Kooperationspartnern (AWO, Kulturwelt etc.) aufbauen.

Stadträtin **Kreiser** lobt die breite Aufstellung der Tanz- und Theaterwerkstatt sowie die wertvolle Arbeit mit den VKL-Klassen. Sie möchte wissen, wie viele VKL-Klassen es insgesamt in Ludwigsburg gibt und wie viele Kinder darin inkludiert sind. Zudem fragt sie wie viele Stunden sich die TTW an diesen Klassen beteiligt. Bezug auf die Kosten nehmend sagt Stadträtin Kreiser, dass es wichtig sei zu wissen, was der Zuschuss pro Kopf wäre. Sie fragt auch, ob die TTW für die Finanzierung des VKL-Projektes eventuell eigene Finanzmittel bei ihrer Planung umschichten könnte.

Stadtrat **Dr. Vierling** bezeichnet die TTW als eine hervorragende soziokulturelle Einrichtung mit einem breit aufgefächertem Angebot. Bezug auf die VKL- und VABO-Klassen nehmend sagt er, dass die Bühnenarbeit sich sehr positiv auf die Integration insbesondere von geflüchteten Kindern und Jugendlichen auswirke und ihnen eine sehr gute Möglichkeit biete, sich einzufinden, sich zu öffnen und ihre Stärken zu zeigen. Stadtrat Dr. Vierling fordert die TTW auf, sicherzustellen, dass diese wichtige Integrationsarbeit weiter geführt werden könne. Zu dem hierfür geforderten regelmäßigen Zuschuss in Höhe von 20.000 Euro sagt er, dass die Fraktion der Grünen für eine Zuschusserhöhung plädiere, insoweit sie nötig sei für die Fortsetzung dieser wichtigen Bühnenarbeit mit den Geflüchteten und Migranten. Zum vorgeschlagenen Betrag fehle allerdings eine konkrete Formulierung der Verwaltung

Stadträtin **Deetz** würde ebenfalls gerne erfahren, wie sich die Finanzierung konkret erhöht. Zudem würde sie sich von der Verwaltung mehr Informationen zum geforderten zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 20.000 Euro wünschen. Stadträtin Deetz äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Beschlussvorschlag.

Stadtrat **Weiss** lobt die Arbeit der TTW **und** fragt, ob für die Finanzierung des Projekt der VKL-Klassen außer der Zuschussgewährung durch die Stadt über den Etat des Haushalts 2017 auch andere Möglichkeiten bestehen, beispielsweise Sponsoring oder die Förderung durch eine Stiftung. Er wirft zudem die Frage auf, ob der von der Stadt zu gewährende Zuschuss für solche Integrationsprojekte auch aus verwaltungsinterne Etat-Umschichtungen stammen könnte. Darüber hinaus wäre zu klären, ob die TTW einen Teil der Finanzierung durch eigene Umschichtungen generieren könnte. Die Freie Wähler-Fraktion trage laut Aussage von Stadtrat Weiss den vorgeschlagenen Beschluss mit.

Stadtrat **Eisele** sagt, dass die präsentierten Zahlen stabil seien und keinen Grund für Beanstandung liefern. Das Programm der TTW werde von den Bürgerinnen und Bürgern gerne angenommen und weise auch immer Bezug auf aktuelle Themen. Zu der angesprochenen Umschichtung sagt Stadtrat Eisele, dies würde bedeuten, dass die TTW ihr Programm an anderer Stelle herunter fahren müsste, was nicht gut wäre. Die Integrationsarbeit der TTW nicht zu unterstützen wäre laut Stadtrat Eisele das falsche Signal an die Menschen, die in diesem Land geflüchtet sind und auch an die Menschen, die sich ehrenamtlich für die Geflüchteten engagieren. Aktuell gehe es nicht ausschließlich um die Unterbringung, sondern verstärkt um die Integration der Geflüchteten. Deshalb beantragt Stadtrat Eisele mündlich, dass die Zuschussgewährung in Höhe von 20.000 Euro für die VKL-Projekte dem Beschlussvorschlag als Punkt drei hinzugefügt wird.

Auf die gestellten Fragen antwortend sagt Frau **Ancic**, dass die TTW mit dem VKL-Projekt in verschiedenen Stadtteilen tätig sei. Die geforderte Zuschusshöhe von 20.000 Euro sei anhand der aktuell geleisteten Arbeit berechnet worden. Wöchentlich werden 90 Minuten Tanz- und Bühnenarbeit in zwei Unterrichtseinheiten plus Proben mit mindestens einer Künstlerin oder einem Künstler angeboten. Die TTW habe vorgeschlagen einen projektbezogenen finanziellen Rahmen zu geben, weil die Anzahl der Kinder und Jugendliche in den VKL-Klassen schwanken könne. Es habe VKL-Klassen mit 12 Kinder gegeben und welche mit über 30 Kinder. Im zweiten Fall wäre beispielsweise eine Teilung der Klasse sinnvoll, um die Arbeit qualitativ zu machen. Laut Frau Ancic besuchen nicht nur geflüchtete Kinder und Jugendliche die VKL.-Klassen, sondern auch deutsche Kinder, die sozial schwächer gestellt seien und Förderbedarf haben. Zum Sponsoring sagt sie, dass die TTW bereits Förderung von der Stiftung der Kreissparkasse, von der Bürgerstiftung, den Fonds Jugendbildung Zukunft und dem Bundesverband Freier Theater erhalten habe. Diese Förderung sei aber klar begrenzt auf Modellprojekte, und das sei das VKL-Projekt wegen seines Erfolgs und seiner Übertragbarkeit nicht mehr.

Frau **Gonziorek** fügt hinzu, dass zum Zuschuss auch die Bühnenräume, die Technik, die betreute Aufführung und die Intensivproben im Vorfeld mitberechnet wurden. Um den Landeszuschuss zu bekommen, müsse die TTW eine Förderung aus dem städtischen Kulturhaushalt erhalten. Würde sie beispielsweise eine Förderung aus dem Etat des Fachbereichs Bildung und Familie erhalten, würde dies keinen Landeszuschuss nach sich ziehen. Eine Umschichtung innerhalb der TTW hält Frau Gonziorek auch deshalb für sehr schwierig, weil diese in verschiedenen miteinander verzahnten Säulen arbeite. Würde die TTW mit dem VKL-Projekt weitermachen, müsste sie andere Projekte streichen.

OBM **Spec** schlägt vor, dass die TTW und der Fachbereich Kunst und Kultur alle hierfür relevanten Paramater erneut überprüfen und zeitnah einen gemeinsamen Vorschlag zur Fortführung der Integrationsprojekte erarbeiten und dem Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vorlegen. Anschließend lässt er über die Vorl.Nr. 334/16 abstimmen.